

# Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Belegten durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50  
pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Söln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.  
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung  
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 51.

Söln, den 21. Dezember 1906.

VII. Jahrgang.

## Des Reichstags Ende. — Die neuen Wahlen.

Am 13. Dezember 1906, genau 19 Jahre nach der Reichstagsauflösung 1887 in der Frage des Septennats wurde der Reichstag nach Hause gelassen. Mit geringer Mehrheit waren die Regierungsvorwürfe, welche 29 Millionen für Südwestafrika forderten, abgelehnt worden. Am 25. Januar 1907 sollen nun die Wahlen zum neuen Reichstag stattfinden.

Bei Gelegenheit der Wahlagitacion liegt die Gefahr nahe, man in manchen Wahlstellen unserer Gewerkschaften die politische Arbeit nicht von der gewerkschaftlichen unterscheidet und die stattfindenden Gewerkschaftsversammlungen zu politischen Zwecken mißbraucht. Es muß deshalb auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften auch im kommenden Reichstagswahlkampfe voll und ganz gewahrt wird. Bilden diese und der interkonfessionelle Charakter die Hauptlagen unserer Bewegung mit und würde eine Verletzung derselben den Anfang vom Ende der bis jetzt siegreich vorangehenden christl. Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Darum ist die **Wahrung der parteipolitischen Neutralität.**

Man vor allem in den Versammlungen alles auszusagen, was Anlaß zu einer Verletzung derselben geben könnte. Die parteipolitische Neutralität unserer Bewegung verheißt jedoch nicht, daß sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften dem politischen Stumpfsein ergeben sollen und die Betätigung im politischen Leben allein Angehörigen der Gesellschaftsschichten zu überlassen haben. Nichts ist als solches anzunehmen. Auch die Arbeiterenschaft hat die Aufgabe, regen Anteil am politischen Leben zu nehmen, zu sein, hier ihre Rechte wahrzunehmen. Doch geschieht dies nicht durch die christlichen Gewerkschaften. So ist es nicht um rein sozialpolitische Fragen handelt, hier die Tätigkeit unserer Gewerkschaften verlagern. Sie haben wesentlich andere Aufgaben und im rein politischen Leben, getreu ihrer Kulturmission, nur darauf zu achten, daß die Arbeiterenschaft auch von ihren staatsbürgerlichen Pflichten und Rechten Gebrauch macht. Wir haben ja betont, daß Aufklärung und Betätigung im öffentlichen Leben eine der ersten staatsbürgerlichen Pflichten ist. Wir müssen traurige Wichte sein, die sich nicht bewußt werden, sie mit der Indolenz gegenüber der Wahlpflicht, eines heil. Rechte verkaufen.

Das Wahlrecht schließt auch eine

### Wahlpflicht

Daher kann nicht kräftig genug agitiert werden, um diese schlammige Masse der Wahlfaulen und der Wahllosen aufzurütteln, sie an ihre Wahlpflicht zu erinnern. Kulturelle Fortschritt der Arbeiterklasse verlangt die Aufklärung und praktische Tat im politischen Leben. Es läßt sich sagen, was von größerem Nachteile ist, der Indifferentismus und der Organisationsmangel auf dem gewerkschaftlichen, der auf dem politischen Gebiete. Zweifellos ist der Indifferentismus von ungeheuren Schäden.

Wie die Stimmzahlen bei den politischen Wahlen zeigen, sind auch unter den Arbeitern noch eine Menge die sich zu politischen Heloten herabwürdigen. Das muß nicht so bleiben. Deshalb auf zum Kampfe den

### politischen Indifferentismus.

Die Teilnahme am politischen Leben erleichtert aber die gewerkschaftliche Arbeit. Es sind ja oft dieselben Leute, die hier in der Gewerkschaft und dort in der politischen Vereinigung behandelt werden. Hier werden sie vom Gesichtswinkel des Arbeiters betrachtet, dort wird das Thema von allgemeinen Gesichtspunkten aus behandelt.

Der Arbeiter wird durch die politische Tätigkeit davor bewahrt, einseitig und Nurgewerkschaftler zu werden. Sein Urteil wird weiter und sein Urteil objektiver. Gerade dadurch kann auch die Gegengründe zu irgend einer Frage kennen gelernt werden, unsere abweichende Stellung sachlich begründet und Gegner zu überzeugen. Die Kenntnis der politischen Lage ist noch stets von Vorteil gewesen. Dem neuen Reichstag stehen

### große und wichtige Aufgaben

Dem Arbeiterstande kann es daher nicht gleichgültig sein, in welcher Weise diese Aufgaben erledigt werden. Er

intert sei vor allem daran, daß es der Reichstag ist, der im Bedarfsfalle nach neuen Steuern Umschau zu halten hat. Hat hier nicht die Arbeiterenschaft ein Interesse daran, daß die schwächeren Schultern geschont und die Lasten auf die stärkeren abgewälzt werden?

Vor allem aber ist es die

### Fortführung der Sozialreform,

die vom kommenden Reichstag verlangt werden muß. Im bisherigen Tempo kann ohne Zweifel der Gang der sozialen Gesetzgebung nicht weiter gehen. In sozialpolitischer Unfruchtbarkeit hat der jetzt heimgeschickte Reichstag seine Vorgänger wohl übertrifft. Ebenso kann auch der Regierung der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie über dem Eifer nach der finanzpolitischen Seite hin, die Fortführung der Sozialreform nicht im gewünschten Maße gefördert hat. Und doch ist letzteres eine Lebensfrage für die nach Licht und Luft strebende Arbeiterenschaft besonders aber für die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Erinnert sei nur daran, daß all die Fragen des Maximalarbeitstages, der Vereinfachung der Arbeiterversicherung, der Schaffung eines freiheitlichen Koalitions- sowie Vereins- und Versammlungsrechtes noch ihrer Lösung harren.

Der Gesetzentwurf betreffend die

### Rechtsfähigkeit der Berufsvereine

wird ohne Zweifel dem neuen Reichstage wieder zugehen, Bekanntlich sollte die Kommission zur Verbesserung des Gesetzentwurfs Mitte Januar 1907 zusammentreten.

Durch die Reichstagsauflösung ist auch die Kommissionsberatung aufgehoben. Man rechnet zweifellos, daß die Regierung darauf, daß der demnächstige Reichstag der Vorlage günstiger gesinnt sei. Schon nach dieser Seite hin verlangt es der gewerkschaftliche Selbsterhaltungstrieb, daß unter keinen Umständen Leute in den Reichstag einzuziehen, die dem Entwurf in der dem letzten Reichstag zugegangenen Fassung zustimmen geneigt sind. Die können wir nicht brauchen. Und doch sind wieder finstere Mächte eifrig daran, dem Arbeiter Sand in die Augen zu streuen, die wahre politische Sachlage zu verdunkeln, das, worauf es ankommt, zu vertuschen. Industriearbeiter, Börsenkapital und Junker reichen sich die Hände, um dem deutschen Arbeiter wieder einmal das Fell über die Ohren zu ziehen. Täuschen wir uns nicht, so wird in den kommenden Tagen jedenfalls derart mit nationalen Phrasen in unverantwortlicher Weise operiert werden, daß jedem wahrhaft national empfindendem Staatsbürger die Sache anwidern muß. Wenigstens fallen alle die Arbeiter darauf herein, die weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert sind, daher über den wahren Sachverhalt getäuscht werden. Leider ist es Tatsache, daß die

### Presse,

welche die Sache unserer christlichen Arbeiterbewegung konsequent vertritt, zu wenig von den eignen Leuten unterstützt wird. Die sogenannten farblosen Blätter, die in ernsten politischen Zeiten in der Regel zu den Feinden der Arbeiterenschaft übergehen, werden aber noch von vielen christlichen Arbeitern gelesen. Hinweg mit dieser Presse, die unsere heiligsten Empfindungen und Rechte mit Füßen tritt. Es ist eine Schmach und Schande, wenn man sieht, daß der Opfermut christlicher Arbeiter hier erlahmt. Auch hier gilt es

### Opfermut

zu zeigen. Auch hier kann man opfern, wenn ein Blatt, das für uns taugt, an Umfang und Inhalt das feindliche Blatt noch nicht erreicht. Auch hier werden wir nur dann Erfolge erringen, wenn wir prinzipienfest bleiben und das eigene Blatt unterstützen, trotz eventueller Schwächen. Das Verbandsorgan allein genügt nicht für das öffentliche Leben. Es muß sich auf die Gebiete beschränken, die mit unserm Berufe und der Gewerkschaftsfrage in Zusammenhang stehen. Unter der großen Schar der politisch und gewerkschaftlich indifferenten Arbeiter, sind gewiß eine ganze Menge, die überhaupt keine

### politische Tageszeitung

lesen, wenigstens nicht regelmäßig lesen. Es muß aber soweit kommen, daß jeder Arbeiter eine politische Tageszeitung hält, die seiner Gesinnung entspricht. Für die Gewerkschaftler sollte das selbstverständlich sein. Aber auch da hapert es noch gewaltig. Die politische Tagespresse ist sehr geeignet, in das politische Leben einzuführen, und politisches Wissen zu verbreiten. Um jedoch eine gewisse Abrundung herbeizuführen, unsere gewerkschaftliche Position zu befestigen, ist es nötig, einer

### politischen Organisation

anzugehören. Wir mögen schreiben in unsern Gewerkschaftsblättern und reden in den Versammlungen. Alles gut und schön, auch nützlich. Es ist aber von noch größeren Nutzen, wenn wir in der politischen Organisation mit führenden Parteileuten in Verbindung treten und unsere Meinungen und Forderungen vorbringen. Jedem Volksvertreter im Land- oder Stadtparlament kann es nur recht sein, wenn ihm die Stimmung in Arbeiterkreisen ungehindert bekannt wird. Wenn's nicht recht ist, der ist kein Volksvertreter. Dann stehen diese Leute auch viel gefestigter da, weil sie wissen, daß sie die Massen hinter sich haben. Sie werden dann auch viel leichter zu einem Entschlusse kommen können. Die Abgeordneten werden aber auch mit freudigerem Herzen die

### Rechte des Volkes

verteidigen. Handelt es sich doch bei der Volksvertretung nicht nur darum die nötigen Gelder zu bewilligen, sondern auch mitzubestimmen, was mit diesen Geldern gemacht wird. Sollten die Abgeordneten nur verpflichtet sein, das nötige Geld aus dem deutschen Steuerzahler, vor allem aus dem mit indirekten Steuern schwer belasteten Arbeiter herauszupressen? Sollte der Reichstag auf der andern Seite nicht das Recht haben, die Notwendigkeit der aufgestellten Forderungen zu prüfen? Jedenfalls kann es nicht in der Absicht der Regierung liegen, den Reichstag, die Vertretung des bei der Schaffung der Gesetzgebung mitwirkenden Volkes zu einer Geldbewilligungsmaschine herabzuwürdigen.

Wir rechnen vorübergehend mit der Auflösung. Einflußreiche Kreise sind jedoch bereits an der Arbeit, der Regierung Mut einzuflößen, um die jetzige Form der Volksvertretung zu befestigen. Will man es denn mit einem

### Staatsstreik

versuchen? Wird man den Mut haben, dem deutschen Volke vor allem dem deutschen Arbeiter das Reichstagswahlrecht zu nehmen? In Kreisen, die jetzt mit der Regierung gehen ist jedenfalls die Stimmung ganz darnach. — So schreiben die „Hamburger Nachrichten“, ein Organ der Scharfmacher: „Wir gehen bei aller Freudigkeit, mit der uns die Auflösung des Reichstages erfüllt, nicht so weit, zu hoffen, daß die Regierung das tun wird, was wir an ihrer Stelle jetzt unbedingt äßen, nämlich durch kaiserliche Verordnung das alle Wahlgeseß außer Kraft setzen und für die Neuwahlen provisorisch ein neues erlassen, das eine den nationalen Interessen unseres Vaterlandes besser entsprechende Zusammensetzung des Reichstages garantierte als das jetzige, von welchem sein eigener Urheber, unser großer Fürst Bismarck, selbst gesagt hat, er rechne darauf, daß das deutsche Volk stark und klug genug sein werde, sich derselben zu entledigen, sobald sich seine Schädlichkeit herausgestellt habe. Zweifellos entspräche es zwar dem wahren Interesse des Vaterlandes und dem sehnlichen Wunsche aller deutschen Patrioten, andererseits aber darf man sich nicht darüber täuschen, daß die Kenderung des Wahlrechts auf dem Wege der kaiserlichen Verordnung, je energischer und durchgreifender sie erfolgte, um so mehr geeignet wäre, gewisse Konvulsionen am deutschen Staatskörper und gewalttätige Erscheinungen hervorzurufen. Aber wir fragen, ob solche Ereignisse nicht das kleinere Übel gegenüber der Aussicht darstellen würden, das Deutsche Reich langsam unter dem gegenwärtigen Wahlrecht zugrunde gehen zu lassen.“ Die innere politische Lage ist daher sehr ernst und auch der deutsche Arbeiter hat alle Ursache aufmerksam die politischen Vorgänge zu verfolgen. Er darf keineswegs das Stimmvieh abgeben. Den Vorteil haben nur seine Feinde Würde dem deutschen Arbeiter

### das Reichstagswahlrecht

entzogen, so wäre das für ihn mit politischer Sklaverei gleichbedeutend. Während andere Kulturstaaten das Wahlrecht stetig vervollkommen, heißt's in Preußen-Deutschland — Rückschritt. Dieses elementare Recht, das mit der Gründung des deutschen Reiches festgelegt wurde und eines der wesentlichsten Rechte der deutschen Arbeiterenschaft bildet, darf unter keinen Umständen beseitigt werden. Daß ein derartiger Wahlrechtsraub verübt wird, ist eine Ehrenpflicht der deutschen Arbeiter. Deshalb heißt es, politische Aufklärung und politische Organisation.

In den Reichstag nur solche Leute, die unter allen Umständen die Rechte des Volkes zu wahren wissen und besonders das bestehende Reichstagswahlrecht.

### Scharfmacherschmerzen.

Nach den Mitteilungen der „Arbeiterzeitung“ ist die Bekämpfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen eine Lebensfrage für die scharfmacherschen Unternehmener. Es braucht uns dieses zwar nicht weiter zu wundern, schreibt der „Deutsche Metallarbeiter“ hierzu, nachdem schon Kirdorf und andere Industriekönige die christlich-nationale Arbeiterbewegung als schlimmer wie die sozialdemokratische bezeichnet haben. Es ist dies auch durchaus nicht tragisch zu nehmen, im Gegenteil, das kann der christlichen Gewerkschaftsbewegung nur zur Ehre gereichen.

Das Scharfmacherblatt steht einer energischen Sozialreform natürlich ablehnend gegenüber. Es sei ja doch nichts im Stande, die Begehrlichkeit und Unzufriedenheit der Arbeitermassen zu beschwichtigen. Das zeige das fortwährende Anwachsen der Sozialdemokratie trotz der weitgehenden staatlichen Arbeiterfürsorge. Wenn von den Freunden der Sozialreform nun auf das Erstarken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hingewiesen werde, „so müssen wir dem entgegenhalten“, schreibt das Blatt, „daß hier eine vielleicht nicht abschließliche, wohl aber tatsächliche Irreführung der öffentlichen Meinung vorliegt.“

Dann geht es weiter in unverfälschten Scharfmachertönen:

„Der prozentuale Anteil, den die nichtsozialistischen Arbeitervereinigungen an dem allgemeinen Aufschwung der Arbeiterorganisationen haben, ist verschwindend gering gegen den der sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, daß die ersteren sich, wie neulich gelegentlich der Besprechung im Hirtus Busch, als die künftigen Erben der Arbeiterbewegung gebärden. Außerdem aber müssen wir rührend heraus sagen, daß in gewisser Hinsicht die nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinigungen an Gefährlichkeit ihrer politisch-radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Es mag sein, daß sie nicht staatsrevolutionär sind. Aber sie sind wirtschaftsrevolutionär, d. h. sie laufen ebenso wie jene Sturm auf die Position derjenigen Erwerbsklassen, die Bismarck, und mit ihm wohl auch seine Nachfolger, für absolut unerlässlich im Sinne der geltenden Wirtschaftsordnung erklärten. Auch sie huldigen dem historischen Materialismus und stehen de facto auf dem Boden des kommunistischen Manifestes. Auch sie streben die Expropriation der Produktionsmittel an; sie wollen zunächst zum mindesten eine konstitutionelle Fabrikordnung treffen also in ihren wirtschaftlichen Zielen vollkommen mit der Sozialdemokratie zusammen. Daß sie ihre Versammlungen mit einem Hoch auf den König oder mit einem Gebet eröffnen, ändert nichts an der Bedenkllichkeit ihrer ökonomischen Umsturzpläne. Der König dieser Arbeiter wird eben ein Arbeiterkönig, ein „roi des gueux“, oder, da es in dem erwähnten Jubiläumstaat keine „Senen“, keine Proletarier geben wird, eine Art Präsident von Gottes- und Volksgnaden sein. Die Kirche aber ordnet sich dem kommunistischen Programm noch leichter an; sie wird eben nur zu den Zuständen des kommunistischen Christentums zurückzukehren brauchen. Es bietet also durchaus keine Schwierigkeiten, ein wirtschaftlich durchaus umstürzlerisches Programm mit der Anhänglichkeit an Thron und Altar zu vereinen. Somit ist die Bekämpfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, so weit diese in dem angegebenen Maße arbeitgeberfeindlich sind, für die Arbeitgeber selbstverständlich eine Lebensfrage.“

An Gefährlichkeit soll also unsere Richtung der politisch-radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Wir glauben es der Arbeitgeberzeitung, wie wir es auch den Herren Kirdorf und Kille nachsagen können, daß wir den Selbstsicherheitsinteressen der großkapitalistischen Scharfmacher ebenso oder tatsächlich noch gefährlicher erscheinen. Daß die christlichen Gewerkschaften eine konstitutionelle Fabrikordnung, d. h. ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages erstreben, genügt schon, um von diesen Leuten als wirtschaftsrevolutionär und umstürzlerisch bezeichnet zu werden. Mit den Laifachen direkt im Widerspruch stehen jedoch die leichtfertigen Behauptungen der Arbeitgeberzeitung, die christlichen Gewerkschaften huldigten dem historischen Materialismus, ständen auf dem Boden des kommunistischen Manifestes und erstrebten die Expropriation der Produktionsmittel an.

Diese Auslassungen verraten eine grenzenlose Unkenntnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wenn man nicht Bosheit, in diesem Falle Behauptungen wider besseres Wissen annehmen will. Zu verwundern bleibt da, daß das Scharfmacherblatt sich zu dem Eingeständnis bequemt, die christliche Arbeiterbewegung sei nicht staatsrevolutionär und könne ihre wirtschaftlich-umstürzlerischen Bestrebungen auch mit dem Christentum vereinbaren.

Dieses Eingeständnis des Scharfmacherorgans ist in diesem Zusammenhang wertvoll. Nicht weil uns etwas an dessen Urteil gelegen wäre, sondern weil es damit selbst den traffen profitgierigen Standpunkt der von ihm vertretenen Kreise kennzeichnet. Mit anderen Worten sagt das Blatt hier: Auch eine Arbeiterbewegung, die staatsfeindlich, im Geiste des Christentums die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten will, wird von uns bekämpft, wir betrachten diese Bekämpfung als unsere Lebensaufgabe, weil die Bewegung unserer Selbstsicherheitsinteressen gefährlich, unserem Herrschaftswort unabweisbar ist. Weiter geht bei diesen Leuten der Nationalismus und die Rücksicht auf das Allgemeinwohl nicht. Sie denken nur an sich, an ihren Geldbeutel, an ihre Klasse. Was sie ihnen da in den Weg stellt, wird unbesiegt bekämpft. Das ist Klassenkampf in ebenso traffer Form wie er auch von sozialdemokratischer Seite getrieben wird. Nur darüber wird man im Zweifel sein können, auf welcher Seite er am verwerflichsten ist.

Die Scharfmacher werden nur trotz allem die Welt nicht aus den Angeln heben. Mögen sie sich noch so sehr gegen das kapitalistische System im Arbeitsverhältnis sträuben, kommen wird es doch, wie es auch in Rußland gekommen ist, wo noch mächtigere Leute als Kirdorf, Busch, Kille, Dümmer usw. sich mit der Kraft der Berufswelt dagegen gestemmt haben. Der Sieg der Arbeiterorganisationen wird die reife Frucht zum Fallen bringen. Den christlichen Gewerkschaften wird die erneute Kriegserklärung der Arbeitgeberzeitung wenig Kopfschmerzen bereiten. Sie werden auf der betretenen Bahn vorwärtspressen, werden weiter die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten wissen und sich weder von rechts noch links darin beirren lassen.

### Innere Agitation unter den Stellmachern.

Das Bestreben, den im allgemeinen noch guten Geschäftsgang im Wagenbau und der Automobil-Industrie auszunützen, scheint bei den Stellmachern nicht in dem Maße vorhanden zu sein, als es zu wünschen wäre. Trotzdem auch in diesem Jahre dort wo die Kollegen gut organisiert waren ganz bedeutende Verbesserungen erzielt wurden, so muß doch gesagt werden, daß dieselben im Verhältnis zum Aufschwung des Wagenbaues im Allgemeinen sehr minimal sind. Schuld daran sind einzig und allein die noch schlechten Organisationsverhältnisse des Berufes und muß man gesehen, daß auch in diesem Jahre in agitatorischer Hinsicht von den Kollegen ein Bedeutendes mehr hätte geleistet werden können. Man scheint in unseren Kreisen noch allzu viel der Ansicht zu sein, daß andere die Arbeit machen sollen, um nur ja in seiner Ruhe nicht gestört zu werden und sich lieber mit den schlechten Verhältnissen abzufinden als sich einmal selbst zu rühren und einen kräftigen Anstoß zu nehmen, dieselben zu beseitigen.

Die Mißstände, unter denen die Wagenbauer noch zu leiden haben, sind ja schon oft erörtert worden und verlohnt es sich wohl nicht der Mühe, noch einmal darauf einzugehen, wenn nicht den Worten auch die Taten folgen und dem Verbände die nötige Anzahl Kollegen zugeführt werden. Vorbedingung zu einem erfolgreichen Mitarbeiter innerhalb unseres Verbandes und zur Betreibung einer intensiven Agitation ist, daß sich die Kollegen in eigenen Berufssektionen zusammenschließen. So sehr wir zur Erleichterung der Geschäftsführung uns mehr und mehr zentralisieren und mehrere Berufe zu einer Zahlstelle verschmelzen, so sehr müssen wir aber auch in Bezug auf Agitation zu einer Arbeitsteilung übergehen. Ohne Zweifel wird ein agitatorisch tätiges Verbandsmitglied bei seinen in demselben Beruf beschäftigten Kollegen eine nicht nur bessere Gelegenheit, sei es auf der Arbeitsstelle oder im persönlichen Verkehr, sondern auch einen viel größeren Erfolg haben, als Angehörige eines andern Berufes. Und wo könnte wohl am besten über die erforderlichen Maßnahmen zur Agitation gesprochen werden, als in regelmäßig stattfindenden Sektionsversammlungen. Dann aber wird auch durch das öftere Zusammenkommen mit Berufskollegen das Interesse für den Verband mehr gefördert, die Schaffungsfreudigkeit und das Verantwortungsgefühl gehoben und ein einigermaßen tüchtiger Kollege wird seine ganze Ehre darauf setzen, die einmal gegründete Sektion auch lebensfähig zu erhalten.

Abgesehen aber von den vielen agitatorischen Vorteilen, welche in der Sektionsbildung liegen, müßte schon der Drang, sich mit seinen Berufskollegen über die Verhältnisse seines Berufes einmal gründlich auszusprechen und die erforderlichen Mittel zur Beseitigung etwaiger Mißstände zu beraten, schon allein die Kollegen dazu bringen, Sektionen zu gründen.

Aber noch ein weiteres kommt hinzu! Es gehen uns im Laufe der Zeit eine ganze Reihe von Kollegen, welche in Städten, wo eine Sektion besteht, gewonnen sind, dadurch wieder verloren, daß sie abreisen, in Städte kommen, wo kein solcher Zusammenhang besteht und deshalb das Interesse am Verband verlieren. Mancher Kollege würde ohne Zweifel dem Verband erhalten bleiben, wenn eine bessere Fühlung unter den engeren Berufsangehörigen bestanden hätte. Die aufgeführten Vorteile der Berufssektionen ließen sich noch um ein Bedeutendes vermehren, aber schon diese sind so schwerwiegend, daß überall dort, wo noch keine Sektion besteht, aber einige Kollegen des Stellmacherberufes in unserem Verband sind, unbedingt eine solche gegründet werden muß. Die Kollegen kommen auch schon von selbst darauf; ständig, wenn auch langsam, nimmt die Zahl der Sektionen zu. Aber noch eine ganze Reihe von Städten gibt es, wo wir wohl eine Zahlstelle mit einer namhaften Zahl von Mitgliedern haben, auch Stellmacher in erheblicher Zahl beschäftigt sind, man aber dort das Feld ganz und gar dem Gegner überläßt. Die wenigen dem Verbände angeschlossenen Berufskollegen blühen hier, wie ein Weizen im Verborgenen. Sie sind froh, wenn sie in Ruhe gelassen werden. Solches ist verkehrt; wir müssen überall auf dem Plan sein. Sorge jeder dafür, daß er nicht allein steht, daß er Kollegen bekommt, welche seine Gesinnung haben und ihm helfen, die Mißstände im Stellmacherberufe zu beseitigen. Gerade der Zentralverband Christlicher Holzarbeiter hat auch in diesem Jahre wieder gezeigt, daß er die Interessen der Kollegen voll und ganz vertritt.

Der Sektionsbildung hinderlich scheint auch manchmal die Ansicht zu sein, daß die Zahl der am Ort beschäftigten Kollegen zu gering sei oder daß nicht gleich genügend Kollegen vorhanden sind, welche der Sektion beitreten. Auch dieses ist nicht richtig. Unser Bestreben muß dahin gehen, möglichst an jedem Ort eine Sektion der einzelnen Berufe zu gründen. Gerade die Wintermonate sind dazu angetan, unsere Organisation auszubauen und zu festigen, damit wir jederzeit gerüstet dastehen. Ueber Mißstände zu klagen, ohne wenigstens den ernstlichen Versuch zu machen, dieselben zu beseitigen, muß eines Kollegen unwürdig sein. Darum Kollegen, festigen wir unsere Organisation; gründen wir überall Sektionen des Stellmacherberufes und zeigen wir vor allem in der Agitation die nötige Ausdauer.

### Von den Wölfen im Schafspelz, die nie ein Wässerchen trübten!

Unter der vielversprechenden Ueberschrift: „Christliches Wirken an der Wasserkanne“ fühlt sich in Nr. 50 der sog. Holzarbeiterzeitung ein „M.“ bemüht, mit Klagen und Verleumdungen gegen unseren Verband, speziell gegen meine Person die Spalten zu füllen. In dem in Frage stehenden Geschreibsel ist von Lügen und Betrügereien die Rede. Ich kann nur feststellen, daß ich keine Veranlassung habe, mich in puncto Lüge und Verleumdung, mit dem Artikelschreiber auf eine Stufe zu stellen.

Wegen den Betrügereien, die dieser Herr mir zu schieben sucht, werde ich demselben Gelegenheit geben seine dahingehenden Verleumdungen gerichtlich dolmetschen zu lassen.

Wenn dem Herrn „M.“ die schmutzige Handlung seiner Getreuen gegen unsere Kollegen in Oldesloe, tat so unbelannt ist, wie er glauben machen will, so bedauere dieses. An der wahren Tatsache, die z. B. in u. Organ festgestellt wurde, ändern seine unwahren Behauptungen kein Jota. Wenn Herr „M.“ unserem Organ aber Glauben schenken will, so möge er sich gefälligst die Nr. des sog. „Lübecker Volksboten“ ansehen, wo seiner „Genossen unter, Oldesloe, Lohnbewegung“ schreibt: „Die Arbeit wurde von uns eingekauft weil wir es mit unserer Arbeiterchöre vereinbaren konnten, mit Berufskollegen Schlage der „Edlen in Christo“ zusammenarbeiten. Die Vereinigung dieser Konf. usw. Wenn der werthe „M.“ dann noch für seine aufgebodenen Behauptungen Worte findet, so beneiden wir um solche „Selbständigdenkenden“ keineswegs.“

Bis in den Knochen gefahren zu sein behauptet der Herr, Verbandsleitern, daß wir bei ihnen nicht die Genehmigung erbaten, unsere Kollegen gegen den Terrorismus freiliebender Genossen schützen zu dürfen. Ja, ja, die Christlichen, sie wollen nicht mal mitstreuen wenn ihre sozialdem. Kollegen streiken, und Christlichen brotlos zu machen. Und das nicht, sie schicken ihren, von den roten Freunden bedrängten Kollegen Hilfe, um den Arbeitgeber nicht durch leerste Arbeitsplätze zu zwingen, die in betracht kommenden organisierten Kollegen zu entlassen.

Dies hat denn der ganzen sog. Presse willkommen gelegenheit, den christl. Holzarbeiterverband als Streikbrechervermittlungsinstitut zu verzeichnen, und den sog. verbändlern in Hamburg hat dieses Anlaß, mir von dem wie der Artikelschreiber meint „die entsprechende merksamkeit“ zu schenken. Wie weit die „Aufmerksamkeit“ dieser lieben Kollegen ging, ist in Nr. 88 von unserem Verbandsorgan genügend dargelegt. Augenblicklich wird vom Staatsanwalt, die seitens der roten Nachkommen mir geschenkte „Aufmerksamkeit“ unter die Lupe genommen und ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Auch Herr „M.“ dürfte dieses nicht unbelannt sein. Es bedauerlich, wenn ein Arbeiter wegen eines solchen Bergangs Gefängnis wandern muß, denn diejenigen, die den und Woll gegen Andersdenkende durch fanatische sozialistische Hege erzeugen, stehen weit hinter ihnen wissen sich der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen. Gleich müßten letztere auch die Folgen ihrer fanatischen tragen.

Man ruft uns zu, Streikbrecher und Streikbrecheragent und das tuen die Leute, die doch nicht müßten, daß solche nur in ihren Reihen zu finden sind.

Unter denjenigen, die damals um die Entlassung unserer Kollegen in Oldesloe zu erzwingen, kontraktbrüchig war besand sich auch ein sog.-org. Holzarbeiter mit Namen Behnecke, der auch unter den Schreibern sich besonders hervorzutun bemühte. In Lübeck, unweit Oldesloe, ist z. B. auch die Holzarbeiter in Streik. Nun nachdem wohlhabl. Genosse B. unsere Kollegen zu nichten mit in den (nach seiner Ansicht notwendigen) eingetreten war, machte er sich auf nach Oldesloe und spielte und macht noch dort nicht nur Arbeitswilligen, (um nicht Streikbrecher zu sagen) sondern auch den Arbeitswilligenagenten. Er karte unseren Kollegen die er zum Streikbruch zu überredete: „Ich bekomme für jeden Arbeitswilligen den ich nach Lübeck bringe, 5 Mk.“ — Hier sei mir also wo Streikbrecher und Streikbrecheragenten stecken.

Möge man nur mal im sog. Holzarbeiterverband gehen, die eigene schmutzige Wäsche zu waschen, ich bin ja zeugt, daß man dann keine Zeit mehr findet bei anderen schmutzigen Wäsche zu suchen.

Zum Schluß glaubt in dem in Frage stehenden Artikel der Herr „M.“ die Rolle eines Wolfes in Schafkleidern spielen zu sollen. Er faßt dort:

„Niemand aber wird die Zugehörigkeit eines Kollegen zu diesem Verband an sich ein Urteil sein gegen ihn Stellung zu nehmen. Im Gegenteil, wir werden allen diesen Leuten mit größter Zuverlässigkeit (ich ja, das kennen schon zur Genüge d. B.) beggnen“ usw. „Wir haben Ursache eine abwechselnde Meinung zu unterdrücken“ weiter Artikelschreiber, Ursache haben Sie Ihre Genossen nicht dazu, darin gebe ich Ihnen selbst besto abschaulicher aber ist es, daß dies ohne Erfolg geschieht.“

Doch mögen die edlen Arbeiterinteressen mitführender weiter einen schmutzigen Kampf gegen uns wagen, möge man mit Klagen und Verleumdungen gegen uns operieren, man nach echt scharfmacherischem Rezept so sinnlosen Ausperrungsgelüste befriedigen, erhoffte Erfolg wird lange auf sich warten lassen. B. Wullen, Hamburg

### Verbandsnachrichten. Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. Dezember 1907 fällig ist.

Die Abrechnungsformulare für das IV. Quartal sind der höchsten Leitungsbefugung beigelegt worden. Sämtliche Stellen, auch die im Laufe des IV. Quartals errichteten, haben die Abrechnung mit der Hauptkasse vorzunehmen, auch dann wenn einige Wochenbeiträge gegahlt worden sind. Die Kassierer, besonders die der neugegründeten Zahlstellen ersuchen wir, die in den Anweisungen für die Ortsverwaltungen enthaltenen Bestimmungen betreffend "Quartalsabrechnung" (Seite genau anzusehen. — Mit Rücksicht auf die neugegründeten Stellen und auf die immer noch hier und da vorkommenden Unregelmäßigkeiten ist nachstehendes genau zu beachten: Diejenigen Orts- oder Aufnahmemarken, welche mit der dieswöchentlichen Leitungsbefugung oder später den Ortsverwaltungen zugehen, kommen für das I. Quartal 1907 zur Berechnung.

Etwa noch vorhandene alte Markenbestände sind mit den Formularen an die Geschäftsstelle zu senden. Für die vom Anteil der Hauptkasse in Abzug kommenden Ausgaben sind stets Belege beigegeben mit Ausnahme der Belege für die Arbeitslosen-Unterstützung, welche grundsätzlich allwöchentlich an die Hauptkasse einzusenden. Unter Einräumung der Lokalkasse sind "Anteil der Lokalkasse" Lokalbeiträge stets getrennt zu buchen, wie der Vordruck deutlich anzeigt. Die gewissenhafte Angabe der Mitglieder am Schlusse des Quartals ist unbedingt erforderlich. Die haben über die Mitgliederbewegung müssen genau den auf Formular B. gemachten Angaben entsprechen. Neben den Unterschriften des Vorsitzenden und Kassierers hat nach vorangegangener Genehmigung des Reviseurs der Kasse und Belege auch die Unterstützung der beiden Revisoren zu erfolgen.

Für jede verkaufte Aufnahmemarkte ist der volle Betrag also 50 Pfg. bzw. 25 Pfg. an die Hauptkasse zu liefern.

Von jeder verkauften alten Beitragsmarke 10 Pfg. erhält die Hauptkasse 25 Pfg., für jede verkaufte Beitragsmarke à 50 Pfg. sind 45 Pfg. an die Hauptkasse abzuliefern. Von den weiblichen Beitragsmarken à 25 Pfg. beträgt der Anteil der Hauptkasse 25 Pfg.

Endtermin der Einreichung der Abrechnung ist 15. Januar 1907. Sofort müssen daher die Ortsverwaltungen die Abrechnungsarbeiten erledigen und Geldbetrag sowie Abrechnungsformulare ein und demselben Tage an die Hauptkasse senden.

Sollte eine Zahlstelle versehentlich die Abrechnungsformulare nicht erhalten haben, so ist dies sofort bei der Geschäftsstelle zu melden.

**Lohnbewegung.**

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche Berichtsabschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung zu senden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort. Zugang ist fernzuhalten von Schreibern nach Herrn Ober-Schleffen (Aug. Habel), Frankfurt a. M. (Remkes), a. M., — von Bürsten- und Pinselmachern nach Niederheim.

**Blavierarbeiterstreik in Stuttgart beendet.** Am Montag den 10. d. M. ist der Streik der Stuttgarter Blavierer nach 10 und 11 wöchentlicher Dauer beendet worden.

Ausgang dieses Kampfes bedeutet für den deutschen Arbeiterverband eine nicht unbedeutende Schlappe. Das ist schon der Umstand, daß die "Schwäbische Tagwacht" nicht jeden Sieg in vollem Bräutlein hinaustrumpfen, die Sache noch nicht recht finden konnte. "Wir haben sowohl, daß wir damit die ganze Christenheit erhalten können", ist einer der Reden bei Beginn der Bewegung in eine Sammlung hinein. In diesem Falle scheint aber dem Streik-Verbande die "Christenheit" ziemlich teuer zu sein. Wie wäre es sonst auch möglich gewesen, man nach einem so langen Kampfe selbst das Recht auf Anerkennung der Organisation preisgegeben hätte. Mit einer Erhöhung von 6% ist die Arbeit aufgenommen worden, nach der Arbeitgeber ausdrücklich erklärt hatten mit dem Verzicht auf die Ausschaltung der Organisation, das der "Erfolg" mit so großem Geschrei gegen die Christlichen unternehmen Selbstuges. Unsere beteiligten Kollegen haben für Mann tapfer standgehalten, während von den manchen einer das Kaiserpanier ergriffen hat. Auch in Stuttgart ist es notwendig, die Christlichen Gewerkschaften zu stärken, damit mit unserer Beihilfe wirkliche Erfolge erzielt werden können.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Dresden.** Einen heftigen Kampf führen gegenwärtig im Rollen der "freien" gegen die Christl. Gewerkschaften. Nachdem von der Leitung des Christl. Gewerkschaftsartikels Dresden, an evangelischen Arbeitervereine Sachsens erlässenes Rundschreiben, in dieselben gebeten werden, einen Vortrag über Christl. Gewerkschaften in ihrem Winterprogramm aufzunehmen) weitestgehend gesunden hat, ist es ja verständlich, daß den "Genossen" kaum gewaltig geschwollen ist. Nachdem wir vor kurzem schon Erfolg in Dargun erzielt, sprach auf Veranlassung des Arbeitervereins Bismarck in einer am 1. Dezbr. daselbst abgehaltenen öffentlichen Versammlung, Kollege Hartmann-Dresden "Christl. Gewerkschaften". In ihrer heillosen Furcht vor Christlichen haben sich die "Genossen" den Sekretär Richter verschrieben, welcher den Christlichen den Lobeshochpreis sollte. Nachdem Kollege Hartmann seinen einfindigen Vortrag unter lebhaftem Beifall beendet hatte, erklärte der Ober-Richter, Kollege Hartmann habe zwar sehr sachlich gesprochen, könne aber nicht begreifen, weshalb man noch Christliche Zahlstellen gründe, da auch in der "freien" Gewerkschaft jedem seinen seine religiöse Überzeugung gewahrt bleibe. Er sei ein Christ und national gesinnt. Unter allgemeiner Heiterkeit Anwesenden wurde vom Kollegen Hartmann die Konfessionslosigkeit beleuchtet. Als Kollege Hartmann betonte: Jeder habe im Leben einen rechten Augenblick und er wünsche, dieser Herrn Richter bald beschieden sein möge, zogen es die "Genossen" vor, wie die betrübten Bohrer zu verschwinden, aber hatten den Erfolg, eine Anzahl Kollegen für uns gewinnen zu haben. Nimmere wurde ein großer Vernichtungsfeld gegen die "Genossen" gegen die Christlichen in Szene gesetzt. Christl. Gewerkschaften und evang. Arbeitervereine im Schlepptau der Kapitalistenklasse lautete

das Thema, in einer von den Genossen am Sonntag den 9. Dez in Dohna bei Bismarck einberufenen Versammlung. Was hier an Unwahrheiten, Gemeinheiten und Verleumdungen geleistet wurde, übertrifft alles bisher dagewesene. "Arbeiterverleumdungen", "Lohnverleumdungen", "Pfaffenengel", "elchaste Fragen", das waren die gelindesten Ausdrücke. In sachlicher, aber energischer Weise wurden die Angriffe durch Herrn Pastor Diestel-Dohna, Herrn Frank, Vorsteher des evang. Arbeitervereins Dohna, sowie Kollegen Hartmann-Dresden zurückgewiesen. Wir werden auch in Dohna nicht eher ruhen, bis die Christl. Gewerkschaften ihren Einzug gehalten haben, sowie wir überhaupt den uns aufzulegenden Kampf ruhigen Blutes führen werden. Daß es auch in Sachsen mit der Christl. Gewerkschaftsbewegung vorwärts geht, beweist der Umstand, daß Kollege Hartmann für die nächste Zeit von zahlreichen Arbeitervereinen ersucht worden ist, über Christl. Gewerkschaften zu sprechen. In Anbetracht des weiteren Vordringens unserer Bewegung in Sachsen macht es sich dringend nötig, daß seitens des Gesamtverbandes auch für Sachsen ein Beamter freigestellt wird.

**Hamburg.** Am 2. Dezember fand hier die Gewerbegerichtswahl statt, welche mit einem Siege der "freien" Gewerkschaften endigte. Dieselben erhielten 1025 Stimmen, die Christlichen Gewerkschaften deren nur 495. Dies ist ein recht betrübendes Resultat für die Christliche Arbeiterbewegung Hamburgs. Die Schuld an dieser Niederlage tragen diejenigen Christlichen wahlberechtigten Arbeiter, die zu Hause blieben und es nicht für der Mühe wert hielten, zu wählen, trotzdem die Wahl auf einen Sonntag anberaumt war. Sie haben durch ihre Interessenlosigkeit unseren Gegnern zu diesem Siege verholfen. Jedoch, dies darf uns nicht entmutigen, sondern wir müssen jetzt erst recht alle Kräfte daransetzen, unsere Christliche Gewerkschaftsbewegung auszubauen und zu stärken.

**Stadde.** Von sich selbst auf andere schließen zu können, glaubt ein Artikelschreiber in Nr. 49 der "Holzarbeiterzeitung" in einer Notiz unter der Epithete "Aus Christl. Gefilden", indem er die Mitglieder des Zentralverbandes Christl. Holzarbeiter in Stadde als ganz gefährliche Terroristen hinstellt. Wir kennen diesen Artikelschreiber und wundern uns gar nicht, daß derselbe wegen seines Mißerfolges in Stadde in solche fanatische Wutausbrüche verfallt. Hat er doch schon lange mit scheelen Augen auf die Entwicklung unserer Zahlstelle in Stadde von Essen aus herübergeschaut, genau so wie nach Altsessen nach der Firma Schmeß und Diepenbrod, wo gleichfalls der weitaus größte Teil der Arbeiter Christl. organisiert ist. Nach Erscheinen des genannten Artikels haben wir die Sache sofort untersucht und festgestellt, daß keiner von den circa 100 Mitgliedern des Zentralverbandes Christl. Holzarbeiter den fünf Mann vom sozialdem. Verband irgend etwas in die Wege gelegt hat und können wir die Ausführungen des Artikelschreibers in angezogener Sache nur als pure Verleumdung und Verdächtigung bezeichnen. Dagegen haben wir festgestellt, daß einer von den fünf "Genossen" in Stadde, ein von uns abgesetzter fauler Mist, eine ganz gemeine Schmeichelei gegen unsere Kollegen entfaltete. So geht er auf den Werkstätten herum, um angeblich eine Statistik aufzunehmen. Kommt er da nun zu einem Kollegen, welcher soeben aus der Lehre ist und 40 Pfg. verdient dann legt der Herr "Genosse" sich ins Zeug und sagt: "Da seht mal was die Christlichen hier geleistet haben?" Trotzdem jeder Kollege weiß, daß eben aus der Lehre entlassene Kollegen im Schreinerberufe nicht gleich den vollen Durchschnittslohn bekommen, prüft dieser Vollbeglückte mit seiner angeblich größeren Leistungsfähigkeit. Raum hatten in Stadde sich die Kollegen in unserem Verbande vereinigt, so hatten sie auch schon die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse angestrebt und durchgeführt unter Abschluß eines verhältnismäßig sehr guten Tarifvertrages. Können das die Genossen auch überall von sich sagen? — Ja das ist es gerade, daß unser Verband hier Fortschritte macht, etwas geleistet hat und wieder daran ist, Verbesserungen einzuführen, was den genannten Artikelschreiber zu seinen Wutausbrüchen verleitet, so daß er schreibt, in Stadde stehe die Arbeiterchaft unter dem unheilvollen Einflusse gescheiterter und gescheiterter Männer, welche sich noch darum stritten, ob dem Gebäude der Christlichen Gewerkschaften besser die schwarze oder blaue Fassade stände. Das eine möge sich der Artikelschreiber und seine "Genossen" gesagt sein lassen: Die Verleumdungen gegen die Christl. Arbeiter von Stadde werden wir uns hier merken und werden auch denen die Augen öffnen, welche noch immer geglaubt haben, die sogenannten "freien Gewerkschaften" meinten es ehrlich mit der Arbeiterchaft. Unsere Kollegen werden keinen Arbeiter wegen seiner Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer gegnerischen Organisation brotlos machen. Sie werden aber auch nicht ruhig die Verdächtigungen und Verleumdungen eines Eßener "Genossen" hinnehmen, welcher in Stadde im Trüben zu fischen glaubt.

**Reiße.** In Reiße (Schl.) fanden Ende November und Anfang Dezember zwei soziale Wahlen statt, bei denen die Christlich organisierte Arbeiterchaft glänzend siegte. Am 29. Nov. galt es zwei Arbeitnehmervertreter für die Ortskrankenkasse Nr. 8 (Holzarbeiter usw.) zu wählen. Früher sahen im Rassen Vorstand als Vertreter der Arbeitnehmer nur Genossen und erst seitdem die Christliche Gewerkschaftsbewegung festen Fuß gefaßt hatte, begann sich die Sache zu ändern. Bei der diesjährigen Wahl war der Kampf ein außerordentlich heftiger. Die Kandidaten des Christl. Holzarbeiterverbandes siegten mit 82 gegen 70 Stimmen. Nach Lage der Verhältnisse kann der Sieg als ein glänzender bezeichnet werden, umso mehr als durch diesen Sieg die Macht der Genossen in der Rasse gebrochen ist. Ihre Freiheit und Brüderlichkeit zeigten die Genossen am Wahltage dem gegnerischen Vorkämpfer, sie übten den kräftigsten Terrorismus aus und scheuten selbst vor Zülflichkeiten nicht zurück. — Am 6. Dezember fanden die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Seitens des Ortsartikels der Christlichen Gewerkschaften waren die Wahlen gut vorbereitet, das läßt sich jedoch nicht vom Magistrat der Stadt behaupten. In zwei Vormittags- und zwei Abendsitzungen sollten 954 Arbeiter in einem einzigen kleinen Saal ihre Wahlrecht ausüben, dazu waren die Wählerlisten noch ganz unübersichtlich. Die "Genossen" arbeiteten selbstredend mit allen erdenklichen Tatkraft; am späten Abend vor dem Wahltage verbreiteten sie noch ein Flugblatt mit der irreführenden Unterschrift "Das Gewerkschaftsartikell"! Es wählten 527 Arbeiter, etwa 200 Christliche Arbeiter wollten noch wählen, konnten es aber wegen Zeitmangel nicht. Das scheint erklärlich, wenn man bedenkt, daß die letzten Stimmen abends nach 10 Uhr abgegeben wurden, trotzdem um 8 Uhr Schluß der Wahlzeit war. Es erhielten die "Genossen" 114 Stimmen (ganze 7 Stimmen mehr als vor 3 Jahren) die Christlichen 411 Stimmen. Die Christlichen hätten es auf über 600 Stimmen gebracht, hätten die oben erwähnten 200 Arbeiter von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können, immerhin können sie auch mit diesem Wahlsieg recht zufrieden sein.

**Wagenbauer.**

**Wien, (Wagenbauer).** Als im Frühjahr dieses Jahres der Besitzer der Wiener Elektro-Mobilwerke Herr Scheele an den in seinem Betrieb bestehenden Arbeiter-Ausschuß heran trat, um eine

Unterstützungs-Kasse zu gründen, wurde dieselbe vom Arbeiter-Ausschuß, sondern auch von einer Betriebskommission einstimmig abgelehnt. Herr Scheele gab sich damit zufrieden, alles ging seinen gewohnten Gang. Wer nun aber glaubte, daß diese Sache endgültig aus der Welt geschafft wäre, hat sich geirrt. Herr Scheele glaubt jetzt die Zeit gekommen, seinen Arbeitern diese Unterstützungs-Kasse einfach aufzuzwingen zu können. Obwohl auch jetzt der Arbeiter-Ausschuß dieselbe einstimmig ablehnte und zwei Betriebsversammlungen daselbst Resultat zeitigten, erklärte Herr Scheele einfach: Die Unterstützungs-Kasse ist von mir festbeschlossene Sache und die Einführung unidiskutabel. Wie im Frühjahr, so sollen auch jetzt die Arbeiter des Betriebes zu Beiträgen herangezogen werden, und zwar bei 18 Mk. Wochenverdienst 10 Pfg., bei 24 Mk. 15 Pfg. und über 24 Mk. 20 Pfg. pro Woche. Bei den noch niedrigen Löhnen und der jetzt herrschenden Teuerung bedeutet dieses weiter nichts, als eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und das umso mehr, als Herr Scheele erklärt, die Kasse nur deshalb einführen zu wollen, um die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Wenn Herr Scheele sich einen Stamm von Arbeitern sichern will, dann kann dieses am besten dadurch geschehen, daß die Arbeiter einen auskömmlichen Lohn erhalten, daß sie in der Lage sind, sich heizzeiten auf unvorhergesehene Unglücksfälle vorzubereiten. Die Arbeiterschaft verlangt heute keine Wohlthaten einrichtungen, sondern ihr Recht als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben. Die Einführung dieser Unterstützungs-Kasse bedeutet weiter nichts als einen Anschlag gegen die Organisation der Arbeiter. Wenn Herr Scheele glaubt, den im Betrieb beschäftigten Arbeitern jetzt seinen Willen aufzuzwingen zu können, um wieviel mehr wird er es tun, wenn die Arbeiter durch eine derartige Unterstützungs-Kasse an den Betrieb gefesselt sind. Unsere Kollegen sind gerührt und werden der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen sehen. Eines beweist uns dieses wieder, nämlich die Notwendigkeit der Organisation. Nur durch den festen Zusammenschluß aller Kollegen wird es uns gelingen auch die geringsten Anschläge der Unternehmer auf unsere Freiheit abzuwehren. Dieses mögen auch die Kollegen im Lande draußen bedenken und sich Mann für Mann im Zentralverband der Christlichen Holzarbeiter organisieren.

**Gewerkschaftliches.**

Der 2. deutsche Arbeiterkongress, der am 20. Januar 1907 und die folgenden Tage in Berlin stattfinden sollte, muß leider durch die Veränderung der politischen Lage verschoben werden. Die erhöhte Bedeutung, welcher der Kongress durch den dem Reichstage vorliegenden Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gewonnen hätte, ist ihm durch die Auflösung des Reichstages genommen worden. Außerdem spricht auch alles dafür in einer so bewegten Periode, wie die Zeit der Reichstagswahlen, keine Veranstaltungen wie die vorgezogene zu treffen. Die Aufgaben die auch der Arbeiterstand hat, erheischen auch vor allem eine recht rege Betätigung am politischen Leben. Das Stattfinden des Kongresses würde deshalb ein Außerachtlassen der staatsbürgerlichen Pflichten der Arbeiterschaft bedeuten.

**Vom Vormarsch unseres Verbandes in der Bürstenindustrie.** In Lodtau — Schönau und Umgegend, der Wiege der deutschen Bürstenindustrie wachen die Kolleginnen und Kollegen auf. In Lodtau wurde eine Zahlstelle unseres Verbandes neu gegründet. Ebenso fanden am letzten Sonntag in Schönau 2 große Versammlungen statt, in denen Kollege Bacher referierte. 110 Aufnahmen für die Christlichen Gewerkschaften waren zu verzeichnen und Zahlstellen unseres und des Zerglarbeiterverbandes wurden gegründet. Jetzt liegt es an unsern Kolleginnen und Kollegen, unermüdet unter den Berufs-Kollegen zu werben und die Organisation, den Christl. Holzarbeiterverband weiter auszubauen. Auch in Thiengen-Waldshut, wo eine kleinere Bürstenholzfabrik existiert, ist unsere Organisation eingedrungen und eine Zahlstelle gegründet. Unermüdet vorwärts sei auch die Parole unserer Bürstenmacher-Kollegen.

**Nicht das bescheidenste Maß an Neutralität!** Am 18. Dez. fand in Dortmund eine Sitzung des Verbandes evangelischer Arbeitervereine statt, in der über den Anschluß an die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine beraten wurde. Wie wir einem Berichte der "Köln. Hg." entnehmen, teilte Herr Lic. Weber mit, daß der Leiter der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine ihm zugesagt hätte, daß die Hirsch-Dunckerschen Verbände alles daran setzen werden, die Neutralität auf religiösem und politischem Gebiete strengstens zu wahren. Der Zentralrat wird dies demnächst noch in einer besonderen Rundgebung zum Ausdruck bringen. Der Redner betonte, wenn die Hirsch-Dunckerschen Vereine in Wirklichkeit so verfahren würden, dann würden sie den evangelischen Arbeitervereinen gerade so angenehm sein, wie die Christlichen Gewerksvereine! In der Besprechung behauptete, und das nach unserer Meinung ganz mit Recht, Gewerkschaftssekretär Rafflenbeul, an eine Neutralität der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine sei nicht zu glauben. Auf der anderen Seite betonte Lehrer Köllmann aus Hamm die Undiskutierbarkeit der ultramontan regierten Christlichen Gewerkschaften, bei ihnen sei auch nicht das bescheidenste Maß an Neutralität zu finden. Solchen Unsinne haben wir seit langem nicht mehr gehört. Woher schöpft denn der gelehrte Herr seine Weisheit über die ultramontan regierten Christlichen Gewerkschaften? Und wo sind die Beweise für die kühne Behauptung, daß bei den Christlichen Gewerkschaften nicht das bescheidenste Maß an Neutralität zu finden sei? Im Uebrigen ist auch das Resultat der ganzen Sitzung interessant. Man nahm nämlich folgenden Beschluß an:

„Der Ausschuss hält fest an dem Beschluß vom 12. März 1905; er erwartet aber seitens der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine die in Aussicht gestellte Überlegung der gegen sie erhobenen Vorwürfe über ihre Stellung zur Religion und wünscht eine Erklärung über ihre Stellung zu den nationalen deutschen Arbeiterfragen und eine verbindende Erklärung ihrer völligen religiösen u. politischen Neutralität.“

Im Interesse der Christlichen Arbeiterbewegung kann man es nur bedauern, daß die evangelischen Arbeitervereine zum Teil eine so mangelhafte Stellung einnehmen. Die ganze Art und Weise, wie einzelne unter ihnen, — es gibt gewiß auch rühmliche Ausnahmen, — an das Problem der Christlichen Gewerkschaften heran

ist der sozialen Bewegung in die Arbeiter mehr oder weniger, wenn man das will, aus nationalen Gesichtspunkten führen, sie aus ihrem Baubetriebe führen, in ein Ziel, wo der vorgeschriebenen Standesbewegung schließt. Man will ihnen Vätern nationaler Ergriffenheit sich die Hüfte stellen und sie zu erheben. Aber die Scharen auf die Höhen führen, das sie dort ihr Baumlein pflanzen und in Sturm und Wetter pflügen, auf das es reicher Früchte Segen bringe, die Scharen zu entkommen aus sich heraus und für sich auf dem Boden der christlichen Gewerkschaftsbewegung etwas zu erreichen, das will man scheinbar in manchen evangelischen Arbeitervereinstreffen nicht.

Stoffe es, was es wolle. Die Reihen der allzeit tapferen Mamen im Lager des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes sollen durch Ueberläufer aus anderen Organisationen gestärkt werden. So lesen wir in Nr. 50 der Holzarbeiterzeitung in einem Artikel, der den hilflosen Jammer des Hirsch-Dunkler'schen Gewerkschaftsvereins der Tischler kennzeichnen soll:

Seit einigen Monaten haben wir diese Rücksicht gegen die Herrn Christen und Hirsche (die Anrechnung nur eines Jahres der Mitgliedschaft beim Uebertritt in den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband. D. Neb.), fallen lassen und so werden seit dieser Zeit alle in eine gegnerische Organisation gezahlten Beiträge beim Uebertritt in den deutschen Holzarbeiterverband reiflos in Verbandsbeiträge umgerechnet.

Das ist doch wohl die Kennzeichnung des Mitgliederheißungers in vollendetem Maße! Dahingestellt sei, ob dieses Verlangen nach Ueberläufern dem Wunsche mit den gegnerischen Organisationen der Holzbranche aufzuräumen, oder aber anderen Ursachen entspringt.

Um die hier vor sich gehenden Dinge richtig zu verstehen, braucht nur daran erinnert werden, welche Mittel schon alle versucht worden sind, die gegnerischen Organisationen und besonders den Zentralverband christlicher Holzarbeiter aufzureißen. Dem anfänglichen Unbeachtlassen, das die Bedeutungslosigkeit unseres Verbandes kennzeichnen sollte, folgte aus dem nämlichen Grunde bald eine Periode der Verächtlichmachung unserer Kollegen als die „Armen im Geiste“. Dem Aufschwunge unseres Verbandes tat solches jedoch keinen Abbruch. Man versuchte es, unseren Mitgliedern mit der politischen Neutralität und den großen Erfolgen des sozialdemokratischen Verbandes zu schmeicheln. Diesem nutzlosen Bemühen folgte die „Kleinarbeit“. In den Betrieben waren und sind noch Beschimpfungen, Drohungen, Schikantierungen und körperliche Mißhandlungen an der Tagesordnung. Zahlreich sind die Fälle, wo Kollegen wegen ihrer Ueberzeugung außer Arbeit und Brot gebracht wurden. Gestreift wurde, um nur die Christlichen klein zu bekommen.

Alles hat nicht genügt. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter lebt und marschiert. Und nun das neue Mandat. Alles Bemühen dürfte vergeblich sein. Der Köder zieht nicht. — Doch eines wird sich, um die Parteität zu wahren empfehlen, nämlich, daß der Zentralvorstand unseres Verbandes, einen Beschluß faßt, dahingehend, daß den fernern vom soz. Holzarbeiterverbande abtretenden Kollegen, ebenfalls, die gesamten in dieser Organisation gezahlten Beiträge, in solche des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter umzurechnen sind. Zweifellos wird dieses geschehen und mag dann die Leitung des soz. Holzarbeiterverbandes sehen, wer den Kürzeren bei der Sache zieht.

### Soziale Rundschau.

Das Heilverfahren in der Invalidenversicherung. Von Jahr zu Jahr nimmt die Zahl der durch die Invalidenversicherungsanstalten zu einem Heilverfahren zugelassenen Versicherten einen größeren Umfang an. Ein in Nr. 11 des „Reichsarbeitsblattes“ erschienener Bericht hebt hervor, daß während im Jahre 1897 die Zahl der behandelten Personen 10564, der Kostenaufwand 2011149 Mk. betrug, diese Zahlen sich für 1900 auf 27427 bzw. 6210720 Mk. und für 1905 sogar auf 56420 bzw. 14448005 Mk. stellten. Die Bedeutung der Krankenfürsorge der Invalidenversicherung tritt erst recht hervor, wenn man deren Aufwand mit dem der Unfallversicherung für Zwecke der Heilbehandlung vergleicht. Während der Kostenaufwand sich bei der Invalidenversicherung im Jahre 1897 auf 2011149 Mk., im Jahre 1900 auf 6210720 Mk. belief, lautete er bei der Unfallversicherung im Jahre 1897 auf 5793108 Mk. und im Jahre 1900 auf 6919962 Mk. Uebertrifft hier noch der Aufwand der Unfallversicherung um ein geringes den der Invalidenversicherung, so hat sich seit dem Jahre 1901 das Verhältnis wesentlich zu Gunsten der Invalidenversicherung verschoben (Unfallversicherung 1904 9265633 Mk., Invalidenversicherung 1904 12448005 Mk.). Von den im Jahre 1905 seitens der Invalidenversicherungsanstalten z. lediglich wegen Tuberkulose in Krankenfürsorge behandelten 26621 Personen wurden nicht weniger als 22997 in zahlreichen Lungensanatorien versorgt. Andere Krankheiten als Lungentuberkulose wurden hauptsächlich in Krankenhäusern behandelt, wobei unter diesen sind, sondern auch Kliniken aller Art, chirurgische, orthopädische, mechanische Institute, Gelenk-, Nerven-, Natur-, Wasser- und Winterheilanstalten. Heilbehandlung in Bädern fanden im Jahre 1905 5692 nicht Tuberkulose gegen über 4860 im Vorjahre. Ebenfalls ist die Zahl der in Genesungs- und Rekonvaleszenten-Anstalten untergebrachten, nichttuberkulösen Kranken gestiegen. Auch die bei den Krankenlasten beliebten Tages-Erholungsstätten werden neuerdings von den Vorständen verschiedener Landesversicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen der Invalidenversicherung mit Kranken belegt.

Wirtliche und Wohnungsverhältnisse in den mit Arbeitslosigkeit erregten Genossenschaftswohnungen und

den im freien Verkehr errichteten Mietwohnungen, ergeben sich aus einer vom Reichsamte des Innern dem Reichstage hierüber vorgelegten Denkschrift.

Die Erhebung erstreckte sich auf 43 Baugenossenschaften und 79 Postämter in verschiedenen Teilen Deutschlands und umfaßte 1997 von den Genossenschaften und 1705 im freien Verkehr von den Postbeamten gemietete Wohnungen. Die Baugenossenschaften berichteten über 417 vom Reiche beliehene Häuser:

Die Erwerbskosten des zugehörigen Baulands (einschließlich Straßenkosten) betrugen 2,785,368 Mark, die Baukosten selbst 13,234,656 Mark. Die Größe des Bauterrains belief sich auf insgesamt 181,642 qm, die der bebauten Fläche auf 63,184 qm. Der Durchschnittspreis für 1 qm Bauland betrug 15 Mark und auf 100 Mark Bodenkosten kamen 475 Mark Baukosten: von 100 qm. Hauptplatz waren durchschnittlich 35 qm bebaut. Die Baukosten beliefen sich für 1 qm behaute Fläche beim Einfamilienhaus auf 90 Mark, beim Haus mit 1 Stockwerk auf durchschnittlich 70 Mark, mit 2 Stockwerk auf 85 Mark, 3 Stockwerk auf 158 Mark, 4 Stockwerk auf 224 Mark, 5 Stockwerk 346 Mark. Von diesen 417 insgesamt gezählten Häusern kamen: 182 auf Großstädte, 145 auf Kleinstädte, 54 auf Mittel- und 36 auf Landstädte.

Bezahlt wurden für ein Quadratmeter Bauland in den Großstädten 31, in Mittelst. 11, in Kleinst. 3 und in Landst. nur 0,85 Mk. Diesen Preisen entspricht im allgemeinen die Ausnutzung des Bauterrains: in Großstädten 50 Prozent, in Mittelst. 32 Prozent und in Klein- und Landst. 22 Prozent. Ein Quadratmeter Bauland kostete in Nordostdeutschland 20, in Nordwestdeutschland 19, in Mitteldeutschland 30 und in Süddeutschland 26 Mk. An Baukosten entfielen auf 100 Mk. Erwerbskosten in Nordostdeutschland 543, in Mitteldeutschland 406 und in Süddeutschland 468 Mk.

Von den 1995 Wohnungen der Baugenossenschaften lagen 661 im Erdgeschoß, 489 im ersten, 431 im zweiten, 386 im dritten, 95 im vierten Obergeschoß, 32 in Marjarden, und nur eine im Kellergeschoß. 1152 dieser Wohnungen kamen auf Großstädte, je 363 auf Mittel- und Kleinstädte und 107 auf Landstädte.

In den Großstädten verteilten sich die Wohnungen ziemlich gleichmäßig auf Unterhaus I, II und III, Obergeschoß, in den Mittelstädten auf Unterhaus I, II und III, Obergeschoß, in Klein- und Landstädten überwiegt das Erdgeschoß. Dies ist im wesentlichen den Boden, nicht den Baupreisen zuzuschreiben wie folgendes zeigt:

Bodenkosten pro Quadratmeter in:

Großstädten	22 Mk.,	Baukosten	94 Mk.,
Mittelstädten	17 "	"	99 "
Kleinstädten	9 "	"	88 "
Landstädten	5 "	"	79 "

Aus den Tabellen für die Mietpreise ergibt sich, daß die Mehrzahl der Genossenschaftswohnungen auf der unteren, die Mehrzahl der im freien Verkehr gemieteten auf den höheren Preislagen stehen. Es kosten 60,2 Proz. der baugenossenschaftlichen und nur 23,9 Proz. der im freien Verkehr vermieteten Vorderhauswohnungen bis 5 Mk. Jahresmiete im Durchschnitt für den Quadratmeter Wohnfläche.

Nur die ganz billigen Wohnungen für Unterbeamte finden sich im freien Verkehr häufiger geboten. Um so mehr verdient Beachtung, welche Wohnlagen die den Unterbeamten vermieteten Wohnungen aufweisen: bis 40 Quadratmeter Wohnfläche hatten nämlich in Genossenschaftswohnungen nur 9,2 Proz., dagegen in den sonstigen Wohnungen 45,8 Proz. der Unterbeamten inne. Ueber 50 Quadratmeter dagegen hatten von diesen Beamten in Genossenschaftswohnungen 67,2 Proz., im freien Verkehr aber nur 28,2 Proz. inne.

Von den Assistenten zahlten eine Jahresmiete bis zu 450 Mk. 57,6 Prozent in Genossenschaftswohnungen, 41,2 Prozent im freien Verkehr, bis 350 Mk. 15,2 Prozent gegen 11,6 Proz. Hiernach sind die Genossenschaftswohnungen in der billigeren Preislage erheblich häufiger als die gleich teuer vermieteten des freien Verkehrs; sie bieten dabei, was besonders wertvoll ist, auch mehr Raum. Mit einer Wohnfläche bis 70 Quadratmeter begnügten sich 54,9 Prozent derjenigen Assistenten, die im freien Verkehr gemietet hatten, aber nur 31,2 Prozent hatten die gleiche Wohnfläche in Genossenschaftshäusern. Wie die Bodenflächen der Wohnungen, so überwiegen auch Zubehör und Annehmlichkeiten zu Gunsten der Baugenossenschaften bei weitem.

### Aus dem gewerblichen Leben.

Waggonfabrik, A. G., vormals P. Herbrand & Co. zu Coln-Chrenfeld. Dem Geschäftsbericht über das am

80. September abgeschlossene achtehnste Rechnungsjahr nehmen wir nachstehendes: die Fabrik, welche während ganzen Jahres lebhaft beschäftigt war, erzielte den höchsten Umsatz seit ihrem Bestehen, nämlich Mk. 6541928 (i. V. Mk. 5164012 im Vorjahre). Diese Summe setzt sich Mk. 6440544 für gelieferte 1388 (990) verschiedene Zeugnisse für Staats- und Privatbahnen und aus Mk. 101 für kleine Arbeiten zusammen. Der dabei erzielte Nettogewinn beläuft sich, nach Abzug aller Geschäftskosten, Mk. 677913; die Abschreibungen sind mit Mk. 180231 im Vorjahre Mk. 118929 vorgezogen, so daß als Reingewinn Mk. 547682; zusätzlich des Vortrages aus dem Jahre 1900 von Mk. 29538 (Mk. 29468), also insgesamt Mk. 577220 (Mk. 417923) zur Verfügung stehen.

Deren Verwendung wird in folgender Weise empfohlen: 12% Dividende = Mk. 360000 (10% = Mk. 300000) Gewinnanteile für den Aufsichtsrat Mk. 86268 (Mk. 23700) zur Rücklage für Erneuerungen Mk. 85000 (Mk. 20000) zum Verfügungsfonds Mk. 20000 (Mk. 10000) Vorkreditbestand Mk. 10000, zum Beamten-Unterstützungsbestand Mk. 50000 (Mk. 22000), zum Arbeiter-Unterstützungsbestand Mk. 85000 (Mk. 12000), Vortrag auf neue Rechnung Mk. 30952.

Das Grundstück Holzplatz Maarweg hat sich durch Kauf eines Geländestücks an eine benachbarte Fabrik 6780 Mk. vermindert. Die Zweigfabrik Maarweg, zur Bewältigung der erhöhten Erzeugung vorübergehend beschiedenen Maße mit herangezogen werden mußte, nach allen Abgängen und Abschreibungen noch mit 243600 zu Buch.

Für das neue Geschäftsjahr konnten wieder belagerte Aufträge vorgetragen werden, wozu demnächst weitere, zu noch schwebende Bestellungen seitens der preussischen Eisenbahnverwaltung sowie der Privatindustrie treten. Es dürfte auch für das Rechnungsjahr 1906/7 wieder günstiges Ergebnis erwartet werden können.

Phönix, A. G. für Stuhl-, Herd- und Ofenindustrie in Oberhausen. Nach dem Geschäftsbericht hat sich das Unternehmen in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr in erfreulicher Weise weiter entwickelt. Der Umsatz betrug 1489660 Mk. (i. V. 1262795 Mk.); somit ist ein Umsatz von 176864 Mk. erzielt worden. Die Beschäftigten in den Stuhlfabriken der Gesellschaft war befriedigend. In weite mußten, um den gestellten Anforderungen zu genügen Ueberstunden eingelegt werden. Wenn trotzdem der Umsatz der Möbelabteilung im Berichtsjahr nur 43280 betragen hat, so ist dieses darauf zurückzuführen, daß die Betriebsverhältnisse der Fabriken in Schleiden und Somborn mit der Vergrößerung der Nachfrage nach den Erzeugnissen nicht Schritt gehalten haben. Demgemäß ist eine entsprechende Betriebsveränderung in Aussicht genommen. Die Lieferungen der notwendigen Flechtarbeiten, welche im Hausgewerbe geführt werden, fiel in den Sommermonaten teilweise vollständig aus. Die Verwaltung hofft aber in Zukunft mehr wegen Mangels an solchen Flechtarbeiten in Verleihen geraten zu können, selbst wenn sich der Betrieb vergrößert. Der Mehrerlös der Flechtabteilung beträgt 188 Mk. Dieses Ergebnis wurde erzielt, obwohl die Leistungsfähigkeit der für einen größeren Betrieb berechneten Anlage nicht immer voll ausgenutzt werden konnte. Von der 1. Juli 1905 übernommenen Anleihe von 601000 Mk. zu deren Sicherstellung teilweise auch Grundbesitz der Phönix-Gesellschaft m. b. H. in Oberhausen verpfändet ist, wiederum 54000 Mk. per 1. Juli ausgelöst worden. Betriebsüberschuss stellte sich auf 889769 Mk. (i. V. 286 Mk.) und verschiedene Gewinne auf 7817 Mk. (i. V. 1700) wozu noch 472 Mk. (i. V. 0) Vortrag treten. Dagegen trugen die Unkosten 186877 Mk. (i. V. 158774 Mk.); Abschreibungen 46505 Mk. (i. V. 50022 Mk.); der Delkrede Rechnung wurden 23627 Mk. (i. V. 9728 Mk.) überwiesen, so daß ein Reingewinn von 91048 Mk. (i. V. 68233) verbleibt, der folgende Verwendung finden soll: An die Phönix-Gesellschaft m. b. H. 1919 Mk., 6% Dividende (im 3% = 69000 Mk., Gewinnanteile 8307 Mk., Vortrag neue Rechnung 1762 Mk. Im Vorjahre wurden 29 Mk. auf Aufgelderechnung überwiesen. Für das laufende Geschäftsjahr ist es gelungen, einen größeren Auftrag Holland hereinzuholen.

### Briefkasten.

Würzburg. Bericht zur Aufnahme nicht geeignet. N. Richtenthal. Auf beide Seiten des Papiers gedruckt. Berichte wandern fortan in den Papierkorb. Der Weihnachtsfeierabend halber kann die Nr. 52 Organs erst am Donnerstag den 27. Dez. versandt werden. Redaktionschluss ist dagegen schon am vorhergehenden Montag.

**Das Reich**

Unabhängige nationale Berliner Tageszeitung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postanstalten wochentlich 2,55 Mk., monatlich 85 Pfg., bei freier Zustellung im Haus wochentlich 72 Pfg., monatlich 24 Pfg. mehr. „Das Reich“ ist daher die billigste und reichhaltigste zweisprachige, nationale Tageszeitung der Reichshauptstadt. Eigener Ferndruck, eigene Spezialredaktion, eigene Druckerei. Preis 10 Pfg. pro Exemplar. Bestellen bei: Berlin, Poststr. 10, Johanniterstr. 6.

**Zwei gelehrte Modellschreiber**

wenn auch junge Arbeiter, gesucht.

Zu melden: Arbeitsnachweis der Zahlstelle Düsseldorf, Poststr. 37.

**Neues Münchener Tagblatt**

Weit verbreitete katholische Tageszeitung in Bayern. Beruht auf dem Interesse der geistlich-nationalen Arbeiterbewegung. Bezugspreis monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 1,75 Mk., halbjährlich 3,25 Mk., jährlich 6,00 Mk. mit Versicherung bei Todesfall und Ganzinvalidität, Folge Unfalls mit 1000 Mk., Ehegatten mit 2000 Mk.

**Zahlstelle Sterkrade.**

Sonntag, den 6. Januar 1907, vormittags 11 Uhr

**General-Versammlung**

in der Restauration Höpfer.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand

Verantwortl. Redakteur: Carl Janßen, 571a. Druck von Heinrich Weising, 571a.